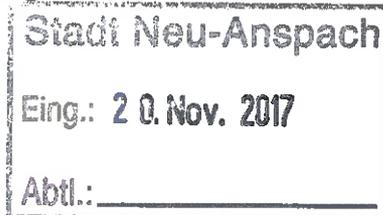




An den Herrn Vorsitzenden
der Stadtverordnetenversammlung
Herrn Holger Bellino

Neu-Anspach



SPD Neu-Anspach
Fraktion
Dr. Jürgen W. Göbel
Im Rödchen 12
61267 Neu-Anspach
Tel: 06081/43699
Mail: juergen.goebel@icloud.com

Neu-Anspach, 20. 11. 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die nächsterreichbare Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bitte ich folgenden Entschließungsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Zum Vorhaben der schwarz-grünen Landesregierung auf Erlass der Kindergarten-Gebühren
Die Stadtverordnetenversammlung Neu-Anspach möge beschließen:

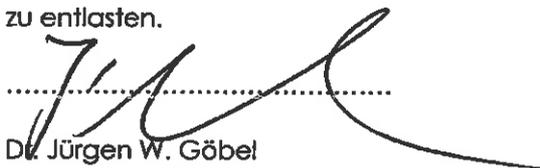
Der Magistrat wird gebeten, über die kommunalen Spitzenverbände seinen Einfluss auf die Hessische Landesregierung und die Landtagsabgeordneten des Hochtaunuskreises geltend zu machen, damit die geplante finanzielle Entlastung der Eltern von den Kita-Gebühren nicht durch eine Entnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich, auch nicht anteilmäßig, finanziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert entschieden, dass das Land bei der Verkündung der Initiative den Eindruck erweckt hat, dass die Kindergartengebühren für die Eltern nun gänzlich entfallen würden. Jedoch sind mit einer pauschalen Erstattung von rund 136 € die Beiträge der Eltern für einen Ganztagsplatz keineswegs vollständig abgedeckt. Ein weiteres Mal schädigt die Hessische Landesregierung damit nachhaltig das Vertrauen in die Politik.

Dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren vom Land Hessen überhaupt nicht in den Blick genommen wird, kritisiert die Stadtverordnetenversammlung als familien- und bildungspolitisch kurzsichtig. Dies und die vom Land angekündigte Gebührenerstattung für lediglich sechs Stunden Betreuungszeit der 3- bis 6-Jährigen sind aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung ein Zeugnis für die Unkenntnis der Hessischen Landesregierung über den tatsächlichen Betreuungsbedarf in den hessischen Kommunen.

Da die kommunalen Spitzenverbände als Vertreter der für die Jugendhilfe zuständigen Kommunen nicht ausreichend angehört wurden, fordert die Stadtverordnetenversammlung den Landesgesetzgeber auf, dies schnellstmöglich im Rahmen des weiteren Verfahrens nachzuholen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen weiterhin auf, statt des vorgeschlagenen untauglichen Finanzierungsmodells ihren Anteil an den Betriebskosten der Kindertagesstätten schrittweise zu erhöhen und den Kommunen damit die Möglichkeit zu geben, die Eltern stärker zu entlasten.


.....
Dr. Jürgen W. Göbel
Vors. SPD-Fraktion